

## Die Regio braucht Kompetenzen

Andreas Gross zu Demokratiedefiziten bei Kooperation über Grenzen

PETER SCHENK

**Nationalrat Andreas Gross (SP) plädierte dafür, partizipative Elemente in der grenzübergreifenden Kooperation gegenüber der Exekutive zu stärken.**

Für den SP-Nationalrat Andreas Gross war klar: «Man muss den Mut haben, der Regio Kompetenzen zu geben.» Dazu gehört auch Geld. So schlug er vor, dem Trinationalen Eurodistrict Basel Steuereinnahmen zuzusprechen, die entsprechend dem Bevölkerungsanteil der Mitglieder fließen sollten. Gross sprach auf Einladung der Regiokommission des Grossen Rats am Dienstagabend im Wildt'schen Haus zum Thema «Demokratiedefizit bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit?»

Gross ist Nationalrat für den Kanton Zürich, arbeitet und lebt laut Hermann Amstad, Präsident der Regiokommission, aber viel in Saint-Ursanne (JU). Da verwundert es nicht, dass sich Gross dafür einsetzte, den Jura in den Raum der grenzüberschreiten-

den Kooperation zu integrieren. Der heutige Trinationale Eurodistrict Basel schien ihm zu klein und der Oberrhein bis Karlsruhe zu gross. Es gelte Freiburg, Colmar, Sundgau und eben den Jura mit einzubeziehen.

Er zeigte sich überzeugt, dass Lebenswelten und demokratische Institutionen nicht übereinstimmen. Das habe Auswirkungen auf die Demokratie: «Je mehr die Räume auseinanderfallen, desto mehr bestimmt die Exekutive und desto schwächer ist die partizipative Demokratie.»

**REIMPORT.** Der SP-Nationalrat plädierte dafür, die Schweizer direkten Demokratieformen nach Frankreich zu reimportieren. «Sie stammen letztlich von dort und wurden während der Französischen Revolution erfunden», betonte er.

Generell gelte es, die Nation zu sprengen, wenn man die Demokratie erhalten wolle. Die Sorge über die Erosion der Demokratie sei derzeit in der

Schweiz in der Regio am stärksten. Gross glaubt, dass grenzübergreifende Regionen in der EU eine zunehmend wichtige Rolle spielen werden, auch um die Distanz der Bürger zur Verwaltung zu überwinden. Er kritisierte: «Den Euro gibt es seit zehn Jahren, aber eine Verfassung hat die EU immer noch nicht.»

**DIREKTWAHL.** In seiner Entgegnung als Exekutiv-Vertreter betonte Regierungsrat Guy Morin (Grüne), dass Basel auf die Nachbarn angewiesen sei. «Wenn es ihnen gut geht, geht es auch uns gut.» Er verwies darauf, dass aufgrund der Demokratiedefizite Widerstand im Parlament gegen grenzübergreifende Kooperation entstehe. Mit Interesse wurde der Vorschlag eines elsässischen Zuhörers aufgenommen, der anregte, man solle das Parlament des Eurodistricts direkt vom Volk wählen lassen. «Das wäre ein starkes Zeichen, insbesondere, wenn der Vorschlag aus Frankreich käme», sagte Amstad.

## „Parlamente können Projekte nur noch abnicken“

BZ-INTERVIEW mit Hermann Amstad, Präsident der Regiokommission im Großen Rat, zum Demokratieverlust im Dreiländereck

**BASEL.** Die Regiokommission des Basler Parlaments fürchtet ein Demokratiedefizit – durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Um über das Problem zu informieren, haben die Großräte am Dienstagabend öffentlich darüber diskutiert. Was sie befürchten und ändern wollen, erklärte Kommissionspräsident Hermann Amstad im Gespräch mit Andrea Drescher.

**BZ:** Die Regiokommission des Großen Rats fürchtet, dass die Demokratie unter der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit leidet. Warum?

**Amstad:** Grenzüberschreitende Projekte werden grundsätzlich immer auf der exekutiven Ebene – das heißt Regierungspräsident oder Landrat in Deutschland, Regierungsrat in der Schweiz – verhandelt und entschieden; die Parlamente

können sie allenfalls noch abnicken. Nationalrat Andreas Gross, den die Regiokommission eingeladen hat, zum Thema „Demokratiedefizit in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“ zu sprechen, hat dazu Folgendes geschrieben: „Die Suche nach Kompromissen und tragfähigen Lösungen soll an einem öffentlichen, sichtbaren Ort wie einem Parlament stattfinden – das ist eine sehr wichtige Funkti-

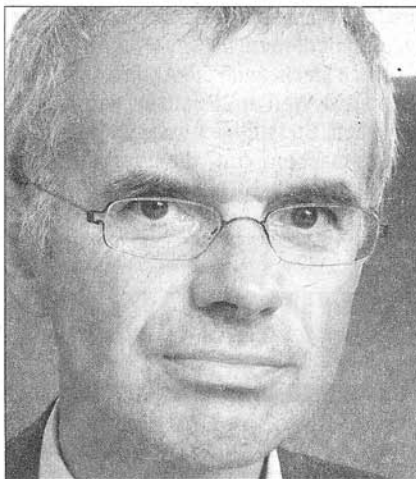
on auch zur Legitimierung eines Kompromisses. Je öfter diese Suche hinter mehr oder weniger verschlossenen Türen ausschließlich durch Exekutivmitglieder vor sich geht, umso weniger ist die Lösung verankert, vielleicht auch umso weniger gut. Denn: Voraussetzung für kluge Lösungen sind gute Diskussionen.“

**BZ:** Können Sie ein konkretes Beispiel aus einem Entscheidungsprozess im Bereich des Trinationalen Eurodistricts Basel nennen?

**Amstad:** Ein gutes Beispiel ist die Schaffung des Eurodistricts selbst: in Basel zum Beispiel hatte der Große Rat dazu nichts zu sagen – er wurde lediglich darüber informiert. Auch das Projekt „Internationale Bauausstellung 2020“ wird im Moment nur innerhalb des TEB-Vorstandes (das heißt der exekutiven Ebene) vorangetrieben.

**BZ:** Handelt es sich um ein Problem zwischen der EU und dem Nicht-EU-Land Schweiz oder sehen Sie die Probleme auch innerhalb der EU?

**Amstad:** Die Nichtmitgliedschaft der Schweiz in der EU spielt hier für einmal keine spezielle Rolle. Hingegen ist die EU selbst das beste Beispiel für die geschilderte Problematik. Auch in der EU handelt es sich ja um grenzüberschreitende



**Hermann Amstad**

FOTO: BZ

Kooperationen, und der EU-Ministerrat entscheidet ziemlich autonom über alles und jedes; die nationalen Parlamente können dann jeweils die Entscheidungen nur noch als Ganzes annehmen oder ablehnen, aber nicht mehr diskutieren oder gar verändern. Immerhin ist mit dem neuen EU-Vertrag die Stellung des EU-Parlamentes gestärkt worden.

**BZ:** Wurde das Thema schon einmal in trinationalen Gremien wie dem TEB oder der Oberrheinregion behandelt?

**Amstad:** Zumindest der TEB verfolgt als eines der Ziele, „die demokratische Beteiligung der Bevölkerung in grenzüberschreitenden Angelegenheiten auszubauen“. Dies war auch der Grund, weshalb innerhalb des TEB der Districtsrat – als Gremium der „Gewählten“ – geschaffen wurde. Allerdings hat der Districtsrat nur beschränkte Kompetenzen; eigentliche Entscheidungen kann er nicht fällen.

**BZ:** Was kann oder muss getan werden, um den schleichenden Demokratieabbau zu verhindern?

**Amstad:** Der Trinationale Eurodistrict als funktioneller Lebensraum von rund 800 000 Einwohnern braucht eine politische Struktur, in der Entscheidungen über gemeinsame Aufgaben gemeinsam gefällt und umgesetzt werden. Dafür zuständig wäre ein Districtsrat, vergleichbar dem Kreistag, der direkt von der Bevölkerung gewählt wird; für die Umsetzung wäre ein Gremium ähnlich dem heutigen TEB-Vorstand verantwortlich. Wenn der TEB in der Bevölkerung verankert werden soll, braucht er diese Legitimation durch die Wähler. Andernfalls bleibt er ein Luftgebilde, in dem Lösungen getroffen werden, die weder klug noch tragfähig sind – um mit Andreas Gross zu sprechen.